

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DBU



Grossratsgeschäftsnummer: 20 / BS 15 / 161
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DBU

Bericht der GFK-Subkommission DBU zur Geschäftsprüfung 2020

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DBU

Präsidentin: Steiger Eggli Christine, Steckborn
Mitglieder: Leuthold Stefan, Frauenfeld
Müller Mathis, Pfyn
Zimmermann David, Braunau

Geschäftsbericht 2020 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2020

Allgemeines zum Departement

Rundum ist festzustellen, dass viel und Gutes geleistet wird. Rundum steigen aber auch die Anforderungen, die Geschäfte werden komplexer und zahlreicher.

In verschiedenen Ämtern muss ein ausserordentlich starker Anstieg der Eingänge und Aufgaben festgestellt werden, die ohne zusätzliche Ressourcen nicht mehr innert nützlicher Frist bearbeitet werden können. Mit dem Budget 2022 wird das Departement daher diverse Stellenanträge stellen müssen. Diese liegen leider über dem langjährigen Schnitt, sind aber mehr als gerechtfertigt. Sicher wird das etwas kosten. Es kann aber nicht angehen, dass am Personal so gespart wird, dass die Geschäfte darunter leiden. Der Kanton Thurgau verdient eine effiziente und gut funktionierende Verwaltung, die auch personell gut aufgestellt ist. Er kann und soll es sich leisten, die Ämter mit gut ausgebildetem und ausreichendem Personal auszustatten.

Zu den Zahlen:

Die Erfolgsrechnung schliesst mit einem Nettoaufwand von gut 24.5 Mio. Franken ab. Der Aufwandüberschuss liegt etwas, d.h. 7.4%, unter Budget. Der Minderaufwand ergibt sich aus einem reduzierten Aus- und Weiterbildungsaufwand. Weiter sind weniger Spesen angefallen. Diese Minderaufwände sind Corona bedingt. Dazu kommen Mehreinnahmen im Rechtsdienst.

Die Investitionsrechnung sieht einmal mehr etwas düster aus. Sie liegt 17% unter Budget. Grund sind wie so oft verfahrensbedingte Verzögerungen. Dazu kommt im Tiefbauamt eine Sistierung von Ausschreibungen bis im Sommer 2020 (s. auch weiter unten)

Die Ämter gehen gut mit der Pandemiesituation um, mit Homeoffice und rotierender Präsenz. Dennoch: Nahen Kontakt zu den Mitarbeitenden zu halten, ist erschwert. Es fehlen die zusammenhaltenden kleinen Interaktionen. Durch den Wegfall der non verba-

len Äusserungen anlässlich von Videokonferenzen und der nötigen zusätzlichen Disziplin, sich in eine Video-Runde einzubringen, ist eine erhöhte Aufmerksamkeit der Führungspersonen erforderlich. Das Homeworking zeitigt eine merkliche Distanzierung einzelner Personen oder auch ganzer Amtsbereiche von einem Kollektivverständnis. Angespannte familiäre Situationen wirken sich bei anhaltendem Homeoffice deutlich auf Arbeitsqualität und Gesundheit der Betroffenen aus.

Ämterbesuche 2021

Die Subkommission DBU hat folgende Ämter besucht:

- Tiefbauamt
- Forstamt
- Amt für Raumentwicklung
- Generalsekretariat
- Amt für Denkmalpflege

Ich bedanke mich im Namen der Subkommission DBU für die immer offenen und umfassenden Antworten auf unsere Fragen.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

6010-6020 Generalsekretariat

2020 hat der Rechtsdienst rekordhohe Eingänge verzeichnet. Trotz der zusätzlichen Ressourcen und höherer Erledigungszahlen haben sich die Zahl der Pendenzen und der "entscheidreifen" Fälle nicht reduziert, sondern erhöht. Eine sehr hohe Geschäftslast, mangelnde personelle Ressourcen, Mitarbeit in 15 Projekten und in verschiedenen Gesetzgebungsprozessen gilt es zu stemmen. Es wird alles gegeben, man kommt nicht vom Fleck und das unter dem Hagel der Dauerkritik. Es fehlt an Ressourcen. Das Projekt Rapido wird im besten Fall Klärung bringen, wo und warum es bei den Abläufen im Bauwesen klemmt. Grosse Veränderungen darf man da aber nicht erwarten. Was glasklar ist, ist aber, dass die vorhandene Arbeit mit dem bestehenden Personal nicht innert nützlicher Frist geleistet werden kann, Pendenzen nicht ab- sondern zunehmen. Derzeit behilft man sich mit befristeten Stellen, um vorübergehende Mehrbelastungen teilweise aufzufangen. Da sich der Trend der rekordhohen Eingänge im Jahr 2021 fortsetzt, ist eine Aufstockung notwendig. Die Einarbeitungszeit für juristische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist relativ hoch. Werden immer wieder befristete Aushilfen angestellt, ist der Einarbeitungsaufwand hoch, das Knowhow kann aber nicht in der Organisation behalten werden. Mit der hohen Anzahl von Geschäften steigt auch die Arbeitslast im Sekretariat.

6110-6120 Amt für Raumentwicklung

Auch im ARE fehlen die Ressourcen. Die Arbeitsbelastung ist im ARE seit Jahren mit steigender Tendenz hoch, bei zunehmender Komplexität der Geschäfte. Ganz generell stellt daher die Bewältigung des Leistungsauftrages mit dem vorhandenen Personalbe-

stand eine dauerhafte Herausforderung dar. Dies auch, weil Stellenbesetzungen aufgrund des Fachkräftemangels in der Ostschweiz schwierig sind. Aktuell ist die Erfüllung der Aufgaben aus den Projekten Biodiversitätsstrategie, "Wil West" und "Rapido", mit allenfalls weitreichenden Folgen, besonders anspruchsvoll. Zudem werden die vorhandenen Ressourcen durch Projekte wie Geo2020 etc. zusätzlich gebunden, womit sich die zur Verfügung stehende Zeit zur Bearbeitung der ordentlichen Geschäfte verringert. Da gilt es ganz besonders den Mitarbeitenden Sorge zu tragen und die Fluktuation tief zu halten.

Umsetzung Zielsetzungen RRL 2016 – 2020, S.244

Es bestehen 21 Flachmoore von nationaler Bedeutung. Erst für 16 bestehen rechtskräftige Schutzanordnungen. Gründe für die Verzögerung sind:

- Aufwendige Gespräche, Abstimmungen und Verhandlungen mit den Betroffenen
- Abhängigkeiten zu anderen Vorhaben und rechtlichen Bestimmungen (z.B. Ausscheidung Gewässerraum, Neu-Konzessionierung von Seezugängen)
- Einsprachen
- Repriorisierung infolge kurzfristig dringenderer Vollzugsaufgaben

Kommentar Globalbudget und Leistungserbringung S. 246

Die einstige Abteilung Ortsplanung, welche für Planungsgeschäfte und Bauen ausserhalb Bauzonen zuständig war, ist ständig gewachsen. Aufgrund der Abteilungsgrösse und der beiden thematisch klar trennbaren Themen, hat sich eine Überprüfung der bestehenden Strukturen aufgedrängt und es wurde für das Bauen ausserhalb der Bauzone eine separate Abteilung (BAB) geschaffen. Die Aufteilung hat sich bisher sehr bewährt, weil sich die beiden Abteilungen mit thematischem Fokus einfacher und effizienter führen lassen. Der Effizienzgewinn durch die Spezialisierung der Sachbearbeiter wird sich allerdings erst in vollem Umfang zeigen, wenn die Einarbeitung der neuen Sachbearbeiter der Abteilung BAB abgeschlossen ist.

PG Natur und Landschaft, Biodiversität im Siedlungsraum, S. 250

Das Kantonsbudget für das Projekt "Vorteil naturnah" ist ausgeschöpft. Es ist aber davon auszugehen, dass das Projekt weiterverfolgt wird, sobald wieder Geld dafür zur Verfügung steht. Denkbar sind auch Nachverhandlungen über die laufende Programmvereinbarung. Der Entwurf mit den gesetzlichen Bestimmungen zur Volksinitiative Biodiversität Thurgau ist in Vernehmlassung. Es ist eine Biodiversitätsstrategie mit Massnahmenplan vorgesehen mit Massnahmen, die der Kanton unmittelbar beeinflussen kann und die ein hohes Kosten-/Nutzenverhältnis ausweisen.

6210-6224 Hochbauamt

6240 Mieten (Nichtglobalbudget) S• 256

Per Ende 2020 gab es folgende Leerstände:

- Zürcherstrasse 285, Frauenfeld: Jahresmietzins Fr. 326000 inkl. NK. Dieser Leerstand ist durch den Umzug des ABB/BIZ an die Grabenstr. 5/7 in Frauenfeld entstanden. Diese Fläche ist ordentlich per 30.09.2021 gekündigt. Zurzeit laufen

Verhandlungen mit dem Vermieter, ob Teilflächen für das AWA (Härtefallmassnahmen) temporär weiter angemietet werden können.

- Bahnhofstrasse 22, Weinfelden: Jahresmietzins Fr. 78000 inkl. NK. Dieser Leerstand ist entstanden aufgrund des Zusammenzuges des Zivilstandsamts in Amriswil. Diese Fläche wird ab 01.10.2021 durch das Betreibungs- und Konkursamt genutzt.

Grundsätzlich hat es sich in der Vergangenheit bewährt, wenn ein kleiner Bestand an Leerständen vorhanden war, da so auf plötzlich auftretende Bedürfnisse (z.B. dringender Auszug wegen Asbest, Aufbau Härtefallteam) reagiert werden kann.

6224 Neubauten/ Umbauten S.258

Ergänzungsbau Regierungsgebäude Frauenfeld: Von den neu zu erstellenden Tiefgaragenplätzen beabsichtigt die Stadt Frauenfeld, deren 50 zu erwerben. Das Vorhaben ist jedoch bestritten; im Herbst wird darüber abgestimmt. Ursprünglich war geplant, das Baubewilligungsgesuch im September 2021 einzureichen. Das Warten auf die Abstimmung in der Stadt Frauenfeld wird eine Verzögerung von rund zwei Monaten verursachen. Es ist noch offen, ob die Tiefgarage mit unveränderter Anzahl Parkplätze realisiert oder um 50 Parkplätze reduziert wird. Dies wird erst nach der Abstimmung unter Abwägung sämtlicher Argumente wie Kosten, Nutzen, künftiger Bedarf des Kantons etc. entschieden. Die Planung wird zurzeit unter Berücksichtigung beider Varianten vorangetrieben.

6310-6377 Tiefbauamt

Das Tiefbauamt ist seit Sommer 2019 daran, sich neu zu organisieren. Diese Reorganisation hatte interne Wechsel zur Folge, die auch eine Änderung der Stellvertreterrollen zur Folge hatte. Seit 2019 sind zehn Mitarbeiter ersetzt worden bzw. dazu gekommen und es hat eine kräftige Verjüngung stattgefunden.

Die Veränderungsprozesse wurden 2019 gut vorbereitet und hätten 2020 aus der Anlernstufe in die Festigungsstufe 2021 führen sollen. Diese wird aber umständehalber in das nächste Jahr hineinreichen. Dies nicht nur wegen der Pandemie, sondern auch wegen der spürbar enger werdenden Randbedingungen in der Projektarbeit (Erhaltungsstrategie, Lärmschutz- und Ruheschutzstrategie, Entsorgungskonzeptionen, Umgang mit Fruchfolgeflächen, Umgang mit Strassenabwasser, Veränderung der Submissionsgrundlagen, Förderung der Biodiversität, Behindertengleichstellungsgesetz, Landerwerb mit Realersatzforderungen u.a.). Das Projektgeschäft ist spürbar anspruchsvoller geworden und es müssen die Mitarbeiter befähigt sein bzw. werden, diesen wachsenden und aufwendigen Anforderungen gerecht zu werden. Das neu organisierte Amt mit den zahlreichen neuen Mitarbeitern muss sich in der Zusammenarbeit finden und die Amtsleitung will eine Amtskultur entwickeln, welche dazu führt, dass das Tiefbauamt eines der kompetentesten, verlässlichsten, ordentlichsten und effizientesten Ämter im Kanton Thurgau bleibt oder wird. Die Rekrutierung geeigneter Fachleute ist anspruchsvoll. Mit den verfügbaren Ressourcen muss ein Gleichgewicht zur erforderlichen Leistungserbringung geschaffen werden (Verfügbarkeit und Werterhalt der Verkehrsinfrastruktur). Dafür wird der Leistungsauftrag analysiert und mit den vorhandenen finanziellen Mög-

lichkeiten und personellen Ressourcen abgeglichen. Basis bildet eine zielorientierte Mittel- und Einsatzplanung.

Schwerpunkteziele RRL 2016-2020, Netzbeschluss, S. 261

Die Vorbereitungsarbeiten für den Netzbeschluss sind abgeschlossen und die Vernehmlassung dazu in die Wege geleitet.

PG Bau, S. 263

Die Investitionen im Konto 6340 Kantonsstrassenkorrekturen betragen 22.3 Mio. Franken statt wie budgetiert 32.0 Mio. Franken. Wichtigster Grund war die wegen anonymer Anschuldigungen (vgl. Bericht der GFK-Subkommission DBU zur Geschäftsprüfung 2019) in Auftrag gegebene Untersuchung der FIKO, welche eine Anpassung der Ausschreibungsunterlagen nach sich zog. Dadurch wurden diverse Objekte verspätet ausgeführt. Mit dem Budget 2021 ist insgesamt eine Objektkreditsumme von über 100 Mio. Franken beschlossen und für das laufende Jahr sind davon Investitionsausgaben von 34 Mio. Franken budgetiert worden. Der aktuelle Trend (Stand 28.04.2021) weist für 2021 ein Umsetzungsvolumen von 38.5 Mio. Franken aus. Das Tiefbauamt rechnet also damit, einen Teil der 2020 beschlossenen, aber nicht realisierten Mittel in diesem Jahr zusätzlich umsetzen zu können.

6410 Amt für Denkmalpflege

Das Amt für Denkmalpflege ist daran, sich neu zu positionieren und zu klären, was das Amt alles leisten soll und muss. Der Projektauftrag «Neuausrichtung Amt für Denkmalpflege» beinhaltet in einer ersten Phase die Überprüfung der Aufgaben, Kompetenzen und Geschäftsprozesse. Dabei wird auch der Begriff des zu schützenden Denkmals präzisiert, was sich auch auf den Vollzug auswirken wird. Erst in der Hälfte der Gemeinden gibt es Schutzpläne oder wurde über die Schutzwürdigkeit von Bauten entschieden. Dies hat zur Folge, dass dem Amt Baugesuche zu allen Objekten des Hinweisinventars zugehalten werden und vom Amt daher zu prüfen sind, unabhängig davon, ob überhaupt ein schutzwürdiges Objekt vorhanden ist. Dies traf im Jahr 2020 auf rund einen Drittel der 1112 baugesuchsbetroffenen Gebäude zu.

Das Projekt «Neuausrichtung Amt für Denkmalpflege» ist auf Kurs. Aus der Analyse des gesetzlichen Auftrags zeigt sich aber bereits jetzt, dass weder die notwendigen Aufgaben noch der Abbau des Pendenzenbergs mit dem bestehenden Personalbestand annähernd befriedigend zu erledigen sind.

Die neun Thurgauer Kunstdenkmäler-Bände sind digitalisiert und in eine neue virtuelle Bibliothek mit einer Datenbank implementiert. Die Daten sind von der Schweizerischen Gesellschaft für Kunstgeschichte auf deren Internetseite aufgeschaltet und werden ohne Kostenfolge für den Kanton Thurgau auch gepflegt (<https://ekds.ch/home/search>).

6510-6530 Amt für Umwelt

PG Abwasser und Anlagensicherheit, Landwirtschaftlicher Gewässerschutz S. 273/Anhang S. 92

Im Bereich landwirtschaftlicher Gewässerschutz wurde im ersten Kontrolljahr (2020) gemäss Konzept AfU (2019) eine reduzierte Anzahl von Kontrollen durchgeführt, um weitere Erfahrungen zu sammeln, die Landwirte zu sensibilisieren und die Kontrollen schliesslich zu etablieren. Wie im Kanton Zürich wurde auch im Kanton Thurgau entschieden, vier von den 13 vorgegebenen VKKL-Kontrollpunkten in der ersten Phase (Kontrolljahre 2020 und 2021) noch nicht zu kontrollieren. Gründe sind Unklarheiten beim Vollzug (Gülleentnahmeplatz, Waschplatz / Umgang mit Waschwasser), zu geringe Bekanntheit der Vorgaben (Betankungsplatz) sowie Schwierigkeiten bei der Umsetzung (Schächte in der landwirtschaftlichen Nutzfläche). Bei den im Berichtsjahr und unter den vorgenannten Bedingungen kontrollierten Betrieben wurden unterschiedliche Arten von Mängeln festgestellt, jedoch zeigten sich Schwerpunkte. Besonders die Vorgaben zu Tankanlagen und diversen Behältern mit wassergefährdenden Stoffen (Rückhaltesysteme, bauliche Anforderungen an den Lagerplatz) werden auf Landwirtschaftsbetrieben häufig noch zu wenig beachtet. Ähnliches galt für die Vorgaben bezüglich kleineren Pflanzenschutzmittellagern, der Zwischenlagerung von Mist auf dem Feld (fehlende Abdeckung) sowie für Siloballen-Lagerplätze. Um bei den Landwirten das Bewusstsein im Umgang mit Tankanlagen und wassergefährdenden Stoffen zu fördern, wurde nach der Kontrollsaison im Thurgauer Bauer (TGB) aufgezeigt, wie sie solche Mängel in Eigenverantwortung beheben können (TGB Nr. 46, November 2020).

PG Abwasser und Anlagensicherheit, S. 274

Die meisten durch Hofdünger verursachten Schadensfälle lassen sich auf einen unsachgemässen Betrieb bzw. menschliches Versagen zurückführen (Unachtsamkeiten beim Befüllen und Umpumpen, unsachgemässes Ausbringen oder Ausbringen bei schlechten Bodenverhältnissen, fehlerhafte Verschlauchung etc.). Um dem entgegenzuwirken, ist eine Verbesserung des passiven Gewässerschutzes im Bereich der Gülleumschlag- und -entnahmeplätze vorgesehen. Hierzu wird ab dem Kontrolljahr 2022 der Kontrollpunkt "Umschlagplatz, Waschplatz und Gülleentnahmeplatz auf dem Hof" auch im Thurgau in die VKKL-Gewässerschutz Grundkontrollen eingebunden, sodass allfällig vorhandene Mängel erkannt und behoben werden können. Die Anforderungen an solche Plätze wurden den Landwirten über eine Artikelreihe im Thurgauer Bauer Anfang 2021 kommuniziert. Auch werden die Landwirte im Rahmen von Baugesuchverfahren oder telefonischen Beratungsgesprächen regelmässig durch die Mitarbeitenden des landwirtschaftlichen Gewässerschutzes sensibilisiert und informiert. Aufgrund des oben angegebenen Ursachenschwerpunktes können solche Schadensfälle auch künftig nie ganz ausgeschlossen werden.

PG Abfall und Boden, Bodenschutz, S. 274

Das Amt für Umwelt unterstützt die Gemeinden in ihrer Aufgabe als Baupolizeibehörde und nimmt stichprobenartig bei Zwischen- und Schlussabnahmen, insbesondere von landwirtschaftlich begründeten Terrainveränderungen, teil. Häufig festgestellte Mängel sind fehlende Visierung, so dass das Ausmass der Terrainveränderung nicht kontrolliert

werden kann, fehlende Herkunftsdeklarationen des zugeführten Materials, nicht fachgerecht ausgeführte und/oder gepflegte Bodendepots sowie das Befahren von frisch geschüttetem Boden oder freigelegtem Unterboden mit Baumaschinen. In den meisten Fällen wird dies mündlich besprochen und vom Bauherrn bereinigt. Neben der Unterstützung der Gemeinden bei diesen Zwischenabnahmen werden pro Jahr zehn bereits ausgeführte Terrainveränderungen von externen Fachleuten begutachtet. Im letzten Jahr wurden sechs Fälle festgestellt, in denen das Rekultivierungsziel nicht erreicht und sogar eine Bodenverschlechterung festgestellt wurde. Die externen Gutachten werden nun durch das Amt für Umwelt im Beisein der Baupolizei verifiziert und die notwendigen Massnahmen zuhanden der Gemeinden formuliert. Zur Massnahmenüberprüfung finden zwei bis drei Jahre später Nachkontrollen durch das Amt für Umwelt statt. In gewissen Fällen ist es auch möglich, dass sich nicht fachgerecht rekultivierte Böden bei sorgfältiger Folgebewirtschaftung teilweise erholen können.

6610-6620 Forstamt

Die Bekämpfung des Borkenkäfers, die Eschenwelke und Personelles sind im Forstamt die drei grössten Herausforderungen. Zum Borkenkäfer ist festzuhalten, dass dieser seit dem Sommersturm vom August 2017 bzw. dem Trockenjahr 2018 wütet, also drei Jahre in Folge. Das Revier Seerücken-West ist sehr stark betroffen. Dazu kommt der Schneebruch vom Januar 2021. Betroffen sind die Fichten und es stellt sich die Frage, welche Zukunft diese Baumart bei uns hat. Trotzdem ist auch 2021 eine klassische Bekämpfung vorgesehen, damit der Rückgang der Fichte gebremst werden kann. Grossmehrheitlich ist die Disziplin der Waldeigentümer im Kampf gegen den Borkenkäfer gut. Allerdings lässt diese im Laufe der Zeit und mit der Zunahme der Käferpopulation etwas nach. Druckmittel sind keine Optionen. Die Bekämpfung 2018 bis 2020 wurde mit gut 1.6 Mio. für div. Massnahmen unterstützt (Zwischentransporte, Hacken, Einzelbäume unschädlich machen). Kleine Holz mengen wurden nach China exportiert. Was sich im internationalen Markt für Schnitt- und Bauholz aber momentan abspielt, ist erstaunlich und war in diesem Ausmass nicht zu erwarten. Der Bedarf nach Schnittwaren und Halbfabrikaten ist steigend und der Preistrend zeigt nach oben. Dies hat sich jedoch bislang beim Rundholz (in der Schweiz) noch nicht stark bemerkbar gemacht. Ob dieser Trend anhält, ist wohl in erster Linie von der Situation in den USA abhängig, wo ein Holzbauboom zu einer sehr grossen Nachfrage nach Holz und damit zu massiven Exporten von Schnittwaren aus Europa in die USA geführt hat.

Zur Eschenwelke: Die Ausfälle der Eschen sind merklich. Vor allem der Oberthurgau mit hohem Eschenanteil ist stark betroffen. Bisher gibt es keine Lösung! Einzelne Eschen zeigen indessen eine Resistenz.

Zum Stand des neuen Waldentwicklungsplanes ist festzuhalten, dass Karten und Text derzeit aufgrund der Bekanntmachung überarbeitet werden. Es gab 116 Anträge auf Änderung oder Ergänzung. Die Inkraftsetzung ist auf Mitte Jahr 2021 geplant.

8/8

Personelles: Wechsel, Mutterschaftsurlaube führen dazu, dass immer wieder Einarbeitung nötig ist, ebenso Flexibilität. Dabei ist ein Verlust an Know-how nicht auszuschliessen. Weiter fehlen gut qualifizierten Revierförster. Jetzt ist neu ein berufsbegleitender Lehrgang an der Försterschule möglich, was hoffen lässt, dass so valable Berufsleute gefunden werden können. Die Fw-Lernende werden auch über den Försterberuf informiert und motiviert, diesen Beruf zu ergreifen.

Steckborn, 24. Juni 2021

Die Subkommissionspräsidentin
Christine Steiger Egli, Steckborn